



Niederschrift

22. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Sitzungstermin:	Donnerstag, 07.02.2019
Sitzungsbeginn:	20:03 Uhr
Sitzungsende:	22:22 Uhr
Ort, Raum:	Schulungsraum, Feuerwehr Gersfeld, Berliner Straße 9, 36129 Gersfeld

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Martin Gutermuth (FDP)

Mitglieder

Konstantin Neumann (CDU)

Christian Frohnapfel (CDU)

ab 20:15 Uhr

Rainer Goldbach (CDU)

Steffen Heun (CDU)

Joachim Jenrich (CDU)

ab 20:25 Uhr

Hartwig Maehl (CDU)

Mario Möller (CDU)

Waldemar Niebling (CDU)

Matthias Schlag (CDU)

Rolf Banik (SPD)

Michael Gutermuth (SPD)

Klaus Keidel (SPD)

Susanne Kolbe (SPD)

Silvia Quillmann (SPD)

Hermann Reuß (SPD)

Tanja Weber (SPD)

Uwe Glück (BWG)

Klaus Grösch (BWG)

Andrea Hintzmann (BWG)

Michael Schneider (BWG)

Peter Vey (BWG)

Christoph Kammerdiener (FDP)

Jürgen Nix (FDP)

Heiner Marquardt (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Karin Muhr (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Magistrat

Steffen Korell (CDU)

Harald Schäfer (SPD)

Andreas Müller (CDU)

Carl-Jürgen Pillmann (CDU)

Ilse Gutmann-Friedel (SPD)

Margarete Trinath (SPD)

Knut Kersten (BWG)

Dieter Wepler (BWG)

Siegbert Simon (FDP)

Schrifführer

Thomas Niedling (Verwaltung)

Verwaltung

Klaus Niebling (Verwaltung)

Andreas Boll (Verwaltung)

Hakki Orhan (Verwaltung)

Abwesende Mitglieder

Mitglieder

Jürgen Melchers (CDU)

fehlt entschuldigt

Helmut Müller (SPD)

fehlt entschuldigt

Susanne Rahm (SPD)

fehlt entschuldigt

Ralf Zinn (SPD)

fehlt entschuldigt

Mark Rehm (BWG)

fehlt entschuldigt

Magistrat

Markus Meiß (CDU)

keine Teilnahme

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Entscheidung über die Tagesordnung
2. Tagesordnung A
3. Genehmigung der Niederschrift der 21. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gersfeld (Rhön) vom 13.12.2018
4. Dorfentwicklungsverfahren (IKEK) - ergänzender Beschluss; zustimmende Kenntnisnahme des Schreibens der WI-Bank vom 27.02.2018, insbesondere des kommunalen Verfügungsrahmens
5. Tagesordnung B
6. Beratungen und Stellungnahmen zum Haushaltsentwurf 2019
 - 6.1. gemeinsamer Antrag aller Fraktionen zum Haushaltsentwurf 2019
 - 6.2. Antrag aller Fraktionen - Sperrvermerk Kostenanteil Sicherung Bahnübergang Hettenhausen gemäß Eisenbahnkreuzungsgesetz
7. Beschluss Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2019 ff
8. Beschluss über die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen für das Haushaltsjahr 2019
9. Haushaltssicherungskonzept 2019
10. V. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung eines Kurbeitrages (Kurtaxe)
11. Änderung Hebesatzsatzung zum 01.01.2019
12. Wirtschaftsplanentwurf 2019 Betriebszweige Wasser und Abwasser Stadtwerke Gersfeld (Rhön)
13. Bewirtschaftung Parkplätze Rotes Moor, Fuldaquelle P2 und Schwedenwall
14. Bauleitplanung der Stadt Gersfeld (Rhön), Stadtteil Hettenhausen - Satzungsbeschluss: Aufstellung 1. Änderung Bebauungsplan Nr. 8 "Kernbereich"
15. Berichte
16. Anfragen

Protokoll:

Öffentlicher Teil:

zu 1 **Entscheidung über die Tagesordnung**

Stadtverordnetenvorsteher Martin Gutermuth eröffnet die 22. ordentliche, öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gersfeld (Rhön) im Schulungsraum der Freiwilligen Feuerwehr Gersfeld.

Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße und fristgerechte Einladung zur Sitzung fest. Eingeladen wurde durch Veröffentlichung im Internet auf der Homepage der Stadt Gersfeld (Rhön), durch Bekanntmachung im Gersfelder Rhönboten Nr. 5/2019 sowie durch persönliche Einladung mit Tagesordnung vom 31.01.2019.

Die Abgeordnete Lisa Heller ist aus der Stadtverordnetenversammlung ausgeschieden. Als nachgerücktes Mitglied der Stadtverordnetenversammlung begrüßt der Stadtverordnetenvorsteher Steffen Heun (CDU). Ebenso neu mit dabei ist der Bauamtsleiter Andreas Boll. Der Stadtverordnetenvorsteher bedankt sich bei dem ausscheidenden Bauamtsleiter Hakki Orhan und wünscht dem neuen Leiter viel Erfolg.

Sodann stellt der Stadtverordnetenvorsteher die Beschlussfähigkeit fest. Es sind zunächst 24 Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung anwesend, die sich wie folgt auf die Fraktionen verteilen: CDU 7, SPD 7, BWG 5, FDP 3 und Bündnis '90/DIE GRÜNEN 2 Mitglieder. Ab 20:15 Uhr (TOP 5) sind 25 (CDU 8) und ab 20:25 Uhr (TOP 6) 26 Abgeordnete anwesend (CDU 9).

Zu Stimmenzählern werden die Abgeordneten Rolf Banik und Michael Schneider ernannt.

Martin Gutermuth stellt die Tagesordnung vor und weist auf die beiden von allen Fraktionen gemeinsam eingereichten Anträge hin, die als TOP 6.1 und 6.2 aufgenommen wurden. Wortmeldungen oder Anträge zur Tagesordnung liegen nicht vor. Die Tagesordnung gilt somit in der vorliegenden Form als angenommen.

zu 2 **Tagesordnung A**

Wortprotokoll:

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt die Tagesordnung A, TOP 3 und TOP 4 vor.

Nachdem es keine Wortmeldungen gibt, wird die Tagesordnung A, TOP 3 und TOP 4 abgestimmt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gersfeld (Rhön) beschließt einstimmig die Tagesordnung A, TOP 3 und TOP 4.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 24

Nein: 0

Enthaltung: 0

Beschluss-Nr. 1/2019

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der 21. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gersfeld (Rhön) vom 13.12.2018

Wortprotokoll:

Es liegen keine Eingaben zur Niederschrift vor.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat einstimmig (7:0:0) die Zustimmung empfohlen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gersfeld (Rhön) beschließt das Protokoll der 21. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gersfeld (Rhön) vom 13.12.2018. Es wird in der vorliegenden Form genehmigt und zur Veröffentlichung freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 24 Nein: 0 Enthaltung: 0

Beschluss-Nr. 1a/2019

zu 4 Dorfentwicklungsverfahren (IKEK) - ergänzender Beschluss; zustimmende Kenntnisnahme des Schreibens der WI-Bank vom 27.02.2018, insbesondere des kommunalen Verfügungsrahmens

Wortprotokoll:

Der Haupt- und Finanzausschuss und der Ausschuss Familie, Gesundheit, Tourismus, Sport und Soziales haben einstimmig (7:0:0) die Zustimmung empfohlen. Der Stadtverordnetenvorsteher verliest den Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Die Inhalte des Schreibens der WI-Bank vom 27.02.2018 werden zur Kenntnis genommen. Diesem wird zugestimmt. Insbesondere wird zur Kenntnis genommen, dass der kommunale Verfügungsrahmen für Dienstleistungen und lokale Kleinvorhaben in der Trägerschaft der Kommune auf einen Betrag von 600.000,- EUR festgelegt wurde. Diesem wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 24 Nein: 0 Enthaltung: 0

Beschluss-Nr. 1b/2019

zu 5 Tagesordnung B

zu 6 Beratungen und Stellungnahmen zum Haushaltsentwurf 2019

Wortprotokoll:

Der Stadtverordnetenvorsteher leitet in das Thema ein. Es liegt ein gemeinsamer Antrag aller 5 Fraktionen CDU, SPD, BWG, FDP und Bündnis 90/DIE GRÜNEN zum Haushaltsentwurf 2019 vor.

In Anbetracht der Tatsache, dass in diesem Jahr der Wasserergänzungsbeitrag für die Grundstücks- und Hausbesitzer fällig und die Wassergebühr erhöht wird, waren sich alle Gersfelder Fraktionen einig, nach Möglichkeiten zu suchen, die Grundsteuer B zu reduzieren, vielleicht sogar Einsparungen zu erzielen, um die Grundsteuer B nicht anheben und die Bürger nicht noch mit zusätzlichen Kosten belasten zu müssen.

Es sei, soweit er sich erinnern könne, das erste Mal in der Geschichte Gersfelds, so Martin Guter-muth, dass sich die 5 Fraktionen zum Gersfelder Haushalt zusammengeschlossen haben und auf sachlicher Ebene, gemeinsam den Haushalt beraten und einen gemeinsamen Antrag zum Haushalt ausformuliert haben. Zuerst habe man sich innerhalb der Fraktionen beraten, in weiteren Treffen mit allen 5 Fraktionen wurden dann die Ideen zusammengetragen und sich auf einen gemeinsamen Antrag verständigt. Guter-muth konnte berichten, dass die Beratungen jeweils sehr angenehm und sachlich geprägt waren. Der Kämmerer Klaus Niebling war nach Ausarbeitung des geänderten Haushaltsentwurfs in den Prozess eingebunden, um den Antrag auf Rechtssicherheit zu prüfen.

Anschließend geben die Fraktionen durch die Fraktionsvorsitzenden ihre Stellungnahmen zum Haushalt, den fraktionsübergreifenden Anträgen (TOP 6.1 und 6.2) und zur geplanten Erhöhung der Kurtaxe (TOP 10) ab.

Rainer Goldbach (CDU), Michael Guter-muth (SPD), Uwe Glück (BWG), Christoph Kammerdiener (FDP) und Heiner Marquardt (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) machen dabei auf verschiedene Weise darauf aufmerksam, dass die Bürger in den vergangenen Jahren bereits viele Belastungen zu schultern hatten. Die Fraktionsvorsitzenden seien sich daher schnell einig gewesen, dass eine Erhöhung der Kurtaxe und Streichungen bis zur Schmerzgrenze der gangbare Weg sind die Grundsteuererhöhung zu vermeiden.

Seitens aller Fraktionen wird dem ausscheidenden Bauamtsleiter Hakki Orhan alles Gute und dem neuen Bauamtsleiter Andreas Boll gutes Gelingen gewünscht.

In der Stellungnahme der SPD wird, weil keine echte Trendwende vorliegt und das Vorgehen zukünftig die Steuern zu erhöhen schädlich sei, eine Klage gegen den Finanzausgleich gefordert. Der Bürgermeister entgegnet, dass eine solche bereits in Gange sei.

In der Stellungnahme der BWG wird angesprochen wie es zu den Streichungen im Finanzhaushalt / Investitionsplan im gemeinsamen Antrag gekommen ist. Auch hier müsse Sparwille gezeigt werden: Die vorhandenen Fahrzeuge können wirtschaftlich repariert werden. Ein besonderer Dank geht an die Abgeordnete Frau Dr. Weber für die Organisation der Treffen.

Anschließend erfolgt eine Stellungnahme des Bürgermeisters, in der Dr. Steffen Korell deutlich macht, dass es positiv sei, dass von den Fraktionen ein solches Verfahren gewählt wurde, um den Haushalt anzupassen. Dass alle an einem Strang und in die gleiche Richtung ziehen sei gut. Hierfür erhalten die Fraktionen ein ausdrückliches Lob. Er macht aber auch deutlich, dass das Verwaltungsorgan der Stadt der Magistrat ist und der Magistrat die Verantwortung für den täglichen Verwaltungsablauf trage und deshalb der Magistrat bereits im Rahmen seiner Haushaltsberatungen auf das erträgliche Maß gekürzt habe.

zu 6.1 gemeinsamer Antrag aller Fraktionen zum Haushaltsentwurf 2019

Wortprotokoll:

Der gemeinsame Antrag aller Fraktionen zum Haushaltsentwurf 2019 wird von Frau Dr. Weber (SPD) vorgestellt. Der in der Sitzung vom 13. Dezember 2018 eingebrachte Haushaltsplan sah eine Grunderhöhung um 200 Prozentpunkte von 380 auf 580 Prozent vor, da ansonsten die Finanzmittel des Haushaltes nicht zur Deckung der Tilgungen aus Krediten ausreichten (keine Genehmigungsfähigkeit). Dies hat Vertreter aller fünf Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung dazu veranlasst sich mit dem Kämmereileiter in einer Arbeitsgruppe zu treffen und eine Liste mit Haushaltsanpassungen zu erarbeiten, die eine Erhöhung der Grundsteuer B entbehrlich machen. Dies hat zum vorliegenden Antrag geführt.

Frau Dr. Weber richtet des Weiteren den Vorschlag an die Abgeordneten aller Fraktionen dauerhaft eine fraktionsübergreifende Gruppe einzurichten, da dadurch die Möglichkeit zu gestalten verbessert würde. Sich einmal im Jahr wegen des Haushaltes zusammen zu setzen sei zwar richtig, aber mehr ein Reagieren als vorausschauendes Gestalten.

Alle fünf Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gersfeld (Rhön) beantragen, den durch den Magistrat am 13.12.2018 eingebrachten Haushaltsplan wie verlesen und schriftlich vorgelegt zu ändern (siehe Beschluss).

Der Haupt- und Finanzausschuss hat dazu beraten und empfiehlt dem Antrag zuzustimmen (7:0:0).

Vor Abstimmung erfolgte keine weitere Wortmeldung.

Beschluss:

1. Im Ergebnishaushalt ist der Haushaltsansatz 55520000 Grundsteuer B von 890.000 € auf 580.000 € zurückzusetzen.

2. Der Teilergebnishaushalt und der Investitionsplan werden wie folgt angepasst:

11110.68610000 Reduzierung von 2.250 € auf 1.000 € (Repräsentationen)
11110.68620000 Reduzierung von 2.000 € auf 1.000 € (Neujahrempfang)
11110.68800000 Reduzierung von 1.500 € auf 1.000 € (Weiterbildung)
11160.61640000 Reduzierung von 7.500 € auf 6.000 € (Instandhaltung Kfz Bauhof)
12220.51500000 Erhöhung von 250.000 € auf 280.000 € (Bußgelder Geschwindigkeitsüberwachung)
12220.51500010 Erhöhung von 95.000 € auf 105.000 € (Bußgelder ruhender Verkehr)
25310.50200000 Erhöhung von 250.000 € auf 270.000 € (Eintritt Wildpark)
28110.68610000 Reduzierung von 10.000 € auf 5.000 € (Öffentlichkeitsarbeit Kultur/Veranstaltungen)
28110.71280000 Reduzierung von 9.000 € auf 8.000 € (Vereinsförderung)
29110.61630000 Reduzierung von 15.000 € auf 12.500 € (Kirchturmuhre)
42110.71280000 Reduzierung von 4.000 € auf 1.000 € (Vereinsförderung Sport)
42420.50200000 Erhöhung von 78.000 € auf 80.000 € (Eintritt Freibad Gersfeld)
42430.50200000 Erhöhung von 20.000 € auf 24.000 € (Eintritt Freibad Dalherda)
54110.61650000 Reduzierung von 80.000 € auf 35.000 € (Straßenunterhaltung)
54510.60300000 Reduzierung von 26.000 € auf 24.000 € (Streumaterial)
54510.61650000 Reduzierung von 12.000 € auf 5.000 € (Altes Silo)
54510.61790000 Reduzierung von 80.000 € auf 65.000 € (Winterdienst)
55110.61650000 Reduzierung von 3.000 € auf 1.000 € (Pflege Ortsbild)
57320.61630000 Reduzierung von 4.500 € auf 2.500 € (Sitzbezüge Stadthalle)
57510.61650000 Reduzierung von 10.000 € auf 5.000 € (Inst. Wege Tourismus)
57510.55911000 Erhöhung von 135.000 € auf 190.000 € (Fremdenverkehrsabgabe/Kurtaxe)
55110.61710000 Reduzierung von 11.000 € auf 5.500 € (Winterdienst)
11140.61610000 Reduzierung von 5.000 € auf 0 € (Inst. Gebäude Liegenschaften)
11150.61610000 Reduzierung von 10.000 € auf 5.000 € (Inst. Gebäude Rathaus)
12610.61610000 Reduzierung von 50.000 € auf 25.000 € (Inst. Gebäude FFW)

36510.61610000 Reduzierung von 10.000 € auf 5.000 € (Inst. Gebäude KiGä)
55310.61610000 Reduzierung von 3.100 € auf 100 € (Inst. Gebäude Friedhof)
57310.61610000 Reduzierung von 21.000 € auf 14.000 € (Inst. Gebäude Bürgerhaus)
55310.61650000 Reduzierung von 3.800 € auf 1.500 € (Inst. Friedhof)
55510.61650000 Reduzierung von 40.000 € auf 20.000 € (Inst. Feldwege)
57330.61650000 Reduzierung von 3.500 € auf 1.500 € (Inst. Tretbecken, Sonstige)
57510.61650000 Reduzierung von 10.000 € auf 5.000 € (Inst. Wege Tourismus)

54510.08000000 Projekt 54510-0010 Anschaffung einer Kehrmaschine (125.000 €) entfällt
55110.08100000 Projekt 55110-0016 Neuanschaffung Atego (65.000 €) entfällt

Die Mittel für die Kirchturmuhre werden mit einem Sperrvermerk versehen, der bei Bedarf nach vergleichender Angebotseinholung durch den Haupt- und Finanzausschuss aufgehoben werden kann.

3. Das Budget für die Personalkosten für "Geringfügig Beschäftigte einschließlich einem Zeitangestellten" wird auf maximal 100.000 € festgesetzt. Die Kürzung der Personalkosten in Höhe von 27.194 € ist vom Magistrat so vorzunehmen, dass die bestehenden vertraglichen Verpflichtungen erledigt werden können.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 26 Nein: 0 Enthaltung: 0

Beschluss-Nr. 2/2019

Antrag aller Fraktionen - Sperrvermerk Kostenanteil Sicherung Bahnübergang zu 6.2 Hattenhausen gemäß Eisenbahnkreuzungsgesetz

Wortprotokoll:

Der gemeinsame Antrag aller Fraktionen wird von der Abgeordneten Dr. Tanja Weber (SPD) vorgestellt.

Im Investitionsprogramm (Finanzhaushalt) sind Mittel für das Jahr 2017 (150.000 €) und 2019 (100.000 €) von insgesamt 250.000 € als städtischer Anteil für die Sicherung des Bahnübergangs im Stadtteil Hattenhausen eingestellt bzw. vorgesehen. Zu den Mitteln des Jahres 2017 sind ein Zuschuss aus GVFG-Mitteln in Höhe von 75 % = 112.500 € und Kreismittel von 13.750 € veranschlagt. Der städtische Eigenanteil beträgt hieraus für das Jahr 2017 23.750 €.

Für das Jahr 2019 sind anteilige Mittel in Höhe von 100.000 € ohne Zuschuss eingestellt, da ein Zuschussantrag der Stadt zu GVFG-Mitteln abgelehnt wurde.

Da weder die Stadt Gersfeld (Rhön) in der Planung noch bei der Auftragsvergabe der Sicherungsmaßnahme beteiligt war, wird vorgeschlagen einen Sperrvermerk zu beschließen.

Beschluss:

Da weder die Stadt Gersfeld (Rhön) in der Planung noch bei der Auftragsvergabe der Sicherungsmaßnahme beteiligt war, wird beschlossen, einen Sperrvermerk für die Maßnahme Kostenanteil „Sicherung Bahnübergang Hattenhausen“, Konto 54710.03570000, Projekt-Nr. 54710-001 anzubringen. Lediglich der bisher im Jahr 2017 finanzierte städtische Eigenanteil in Höhe von 23.750 € kann an die Bahn ausgezahlt werden (Eigenanteil Stadt 37.500 € abzüglich Kreiszuschuss 13.750 €). Die restlichen Zahlungsmittel bleiben gesperrt und können nur durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Auszahlung gelangen.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 25 Nein: 0 Enthaltung: 1

Beschluss-Nr. 3/2019

zu 7 Beschluss Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2019 ff

Wortprotokoll:

Von 21:20 Uhr bis 21:30 Uhr wird die Sitzung zur Verteilung der geänderten Haushaltssatzung 2019 (Einarbeitung der Änderungen aus TOP 6.1. und TOP 6.2.) nebst Anlagen unterbrochen.

Der Stadtverordnetenvorsteher ruft den Tagesordnungspunkt 7 auf.

Über das Investitionsprogramm haben die Ausschüsse wie folgt beraten:
HFA 0:7:0, Bau-A. 0:5:0, FGTSS 0:7:0.

Nachdem zum Investitionsprogramm (Projektliste) keine Wortmeldungen vorliegen, verliert der Stadtverordnetenvorsteher den Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt das unter Berücksichtigung der gemeinsamen Anträge (TOP 6.1. Beschluss-Nr. 2/2019, 6.2. Beschluss-Nr. 3/2019) angepasste Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2019 bis 2022.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 26 Nein: 0 Enthaltung: 0

Beschluss-Nr. 4/2019

zu 8 Beschluss über die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen für das Haushaltsjahr 2019

Wortprotokoll:

Über den vom Magistrat eingebrachten Haushaltsentwurf haben beraten:

der Haupt- und Finanzausschuss: 0:7:0

der Bau-Ausschuss: 0:5:0

der Ausschuss FGTSS: 0:7:0

und die Ortsbeiräte (siehe Anlage): 3 Zustimmung, 4 Ablehnung und 5 Kenntnisnahme/Enthaltung.

Die Beratungen erfolgten unter TOP 6. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt unter Berücksichtigung der gemeinsamen Anträge (TOP 6.1. Beschluss-Nr. 2/2019, 6.2. Beschluss-Nr. 3/2019) die Haushaltssatzung gem. § 94 HGO mit Haushaltsplan und Anlagen für das Haushaltsjahr 2019.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 26 Nein: 0 Enthaltung: 0

Beschluss-Nr. 5/2019

zu 9 Haushaltssicherungskonzept 2019

Wortprotokoll:

Der Haupt- und Finanzausschuss hat einstimmig (7:0:0) Zustimmung zum Haushaltssicherungskonzept empfohlen.

Die Beratungen erfolgten unter TOP 6. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt das beiliegende Haushaltssicherungskonzept 2019 zum Haushalt 2019 unter Berücksichtigung der gemeinsamen Anträge (TOP 6.1. Beschluss-Nr. 2/2019, 6.2. Beschluss-Nr. 3/2019).

Abstimmungsergebnis:

Ja: 26 Nein: 0 Enthaltung: 0

Beschluss-Nr. 6/2019

zu 10 V. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung eines Kurbeitrages (Kurtaxe)

Wortprotokoll:

Aus den Beratungen des Haupt- und Finanzausschusses resultiert der Vorschlag einen 5. Nachtrag zur Satzung wie vorliegend zu beschließen. Der FGTSS hat in seiner Sitzung den TOP als Nachtragstagesordnungspunkt ebenfalls beraten und Zustimmung (6:1:0) empfohlen.

Die Stellungnahmen der Fraktionen wurden bereits unter TOP 6 im Rahmen der Stellungnahmen zum Haushalt abgegeben. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Der Stadtverordnetenvorsteher verliest den Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gersfeld (Rhön) beschließt einen V. Nachtrag zur Kurbeitragssatzung. Der Kurbeitrag erhöht sich zum 01. März 2019 für die Kernstadt und den Stadtteil Obernhäusen pro Person und Tag von € 1,70 um € 0,70 auf € 2,40 brutto. Die Kurtaxe für Kinder bleibt hiervon unberührt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 26 Nein: 0 Enthaltung: 0

Beschluss-Nr. 7/2019

zu 11 Änderung Hebesatzsatzung zum 01.01.2019

Wortprotokoll:

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt bekannt, dass TOP 11 entfällt.

zu 12 Wirtschaftsplanentwurf 2019 Betriebszweige Wasser und Abwasser Stadtwerke Gersfeld (Rhön)

Wortprotokoll:

Die Betriebskommission der Stadtwerke Gersfeld (Rhön) hat am 29.11.2018 über den Wirtschaftsplan beraten und empfiehlt Zustimmung mit 7:1:0.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt Zustimmung mit 5:1:1 und der Ausschuss für Bauen, Landwirtschaft, Umwelt und Wirtschaft empfiehlt ebenfalls Zustimmung mit 4:0:1. FGTSS 5:0:2. Von den Ortsbeiräten (siehe Anlage) empfehlen 2 die Zustimmung, 2 sind dagegen und ein Ortsbeirat enthält sich. 6 haben den Wirtschaftsplan zur Kenntnis genommen. Ein Ortsbeirat hat keine Stellungnahme abgegeben.

Stellungnahmen durch die Fraktionen werden keine abgegeben.

Die Abgeordnete und Betriebskommissionsmitglied Frau Andrea Hintzmann (BWG) berichtet aus der Betriebskommission: In den Sitzungen der Betriebskommission wurde kollegial gearbeitet. Der Eigenbetrieb hat in 2018 recht viel bewegt. Die Betriebsführung durch REMONDIS verlief ruhig und nach der Einarbeitungszeit harmonisch. Bereich Abwasser: Zur Phosphoreliminierung wird zur Sanierung der Kläranlage demnächst die Phosphorfällung gebaut. Für den Gewässerschutz gibt es in der Betriebskommission einen großen Rückhalt. Eine Fusion mit dem Abwasserverband „Oberes Fuldata“ ist angedacht, aber auch die technische Unterstützung für den technischen Leiter der Stadtwerke sollte nicht in Vergessenheit geraten. Im Bereich Trinkwasser kommt das Wasserbauprogramm voran. Eine Erhöhung der Trinkwassergebühr stand an, obwohl zuvor beschlossen worden war bis Ende 2019 die Gebühr nicht zu erhöhen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs „Stadtwerke Gersfeld (Rhön)“ 2019 für die Betriebszweige Wasserver- und Abwasserentsorgung.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 20 Nein: 5 Enthaltung: 1

Beschluss-Nr. 8/2019

zu 13 Bewirtschaftung Parkplätze Rotes Moor, Fuldaquelle P2 und Schwedenwall

Wortprotokoll:

In den Sachverhalt wird durch den Bürgermeister Dr. Steffen Korell eingeleitet.

Zu dem Tagesordnungspunkt haben der Haupt- und Finanzausschuss sowie der Ausschuss für Familien, Gesundheit, Tourismus, Sport und Soziales beraten.

Empfehlung des HFA: 4:1:2

FGTSS: Abstimmungsergebnis lag nicht vor. (7:0:0)

Die Stellungnahmen der Fraktionen:

Die CDU, SPD und FDP signalisieren Zustimmung. Die BWG und Bündnis90/DIE GRÜNEN geben keine Stellungnahme ab.

Abgeordneter Rolf Banik (SPD) weist darauf hin, dass der Landkreis Fulda das steuerrechtliche Problem erst spät erkannt hat. Auf die Gestaltung der Parkgebühren und deren Zeitfenster hatte die Stadt ohnehin zu keiner Zeit Einfluss. Bei Zustimmung zum Beschlussvorschlag liegt die Betriebsführung allein beim Eigenbetrieb des Landkreises Fulda. Die Zuständigkeit der Stadt Gersfeld (Rhön) liegt bereits jetzt allein in der Verkehrssicherungspflicht und der Durchführung der Ordnungswidrigkeitsverfahren.

Beschluss:

Es wird beschlossen, dass der anliegende Entwurf eines Vertrages über die Bewirtschaftung der Parkplätze „Moordorf“, „Fuldaquelle“ und „Schwedenwall“ unterzeichnet werden soll.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 25 Nein: 1 Enthaltung: 0

Beschluss-Nr. 9/2019

zu 14 **Bauleitplanung der Stadt Gersfeld (Rhön), Stadtteil Hettenhausen - Satzungsbeschluss: Aufstellung 1. Änderung Bebauungsplan Nr. 8 "Kernbereich"**

Wortprotokoll:

Zum angedachten Satzungsbeschluss - Stadtteil Hettenhausen, Aufstellung 1. Änderung Bebauungsplan Nr. 8 "Kernbereich" hat der Ausschuss für Bauen, Landwirtschaft, Umwelt und Wirtschaft beraten und empfiehlt einstimmig die Zustimmung (5:0:0).

In den kurzen Stellungnahmen der Fraktionen wird Zustimmung signalisiert. Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gersfeld beschließt

1. Der Auswertung des Büros Wienröder Stadt Land Regional, Eichenzell, der Stellungnahmen, die während der öffentlichen Auslegung sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangen sind, wird zugestimmt.
2. Unter Berücksichtigung der vorausgegangenen Beschlüsse, über die während der öffentlichen Auslegung (§3 (2) BauGB in Verbindung mit § 4 (2) BauGB) eingegangenen Anregungen und Hinweise wird die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 8 „Kernbereich“, Stadtteil Hettenhausen, gem. § 10 BauGB (Bauplanungsrechtliche Festsetzungen) als Satzung beschlossen.

Der Beschluss der Bebauungsplanänderung ist gem. § 10 (3) BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 25 Nein: 0 Enthaltung: 1

Beschluss-Nr. 10/2019

zu 15 **Berichte**

Wortprotokoll:

Bürgermeister Dr. Steffen Korell berichtet, dass der Jahresabschluss 2017 in der vergangenen Woche vom Magistrat aufgestellt wurde. Dieser liegt bei der Revision des Landkreises Fulda zur Prüfung. Der Jahresabschluss 2017 der Stadtwerke Gersfeld (Rhön) wurde im Januar von den Wirtschaftsprüfern geprüft. Der Prüfungsbericht liegt noch nicht vor.

Die Bürgschaft über 10.000 € aus dem Pachtverhältnis Schlossbräu wurde in voller Höhe an die Stadt ausbezahlt.

Die Schnittstelle zur Übernahme der Daten aus dem Wasserbauprogramm in die Finanzbuchhaltung ist fertig. Derzeit werden die letzten Eigentümerwechsel eingearbeitet. Ende Februar werden dann die Bescheide versandt, die Ende März fällig sein werden.

Zum Neubau Kindergarten hat ein Termin mit dem Architekturbüro NEUMANN stattgefunden, bei dem Wünsche, Bedürfnisse, Bedarfe und insbesondere das Raumkonzept besprochen wurden. Der nächste Termin findet am 28. Februar 2019 statt. Laut dem Architekten könnte bis zum Sommer ein Bauantrag gestellt sein. Heute Abend ist der entsprechende Grundstücksankaufsbeschluss auf der Tagesordnung. Auch zu dem geplanten Ankauf des westlich liegenden Grundstückes werden Gespräche geführt.

Der Anbau an das Gebäude der freiwilligen Feuerwehr Schachen: Dieser war zunächst auf der linken Seite des Gebäude geplant. Dieses schien jedoch zunächst nicht zu funktionieren. Eine Grenzfeststellung hat stattgefunden und einen Grenzüberbau durch den Nachbarn wurde festgestellt, sodass das Gebäude möglicherweise doch links neben die bestehende Garage gebaut werden kann.

Am Dienstag, 5. Februar 2019 hat ein gemeinsamer Termin mit allen Mitarbeitern der Stadt und der Gemeindeverwaltung Ebersburg stattgefunden. Das Vorhaben Gemeindeverwaltungsverband wurde vorgestellt und die Mitarbeiter auf den Informationsstand der Gremien gebracht. Unser Berater wird mit den Mitarbeitern Interviews führen und sich mit den Räumlichkeiten in den Gemeindeverwaltungen auseinandersetzen.

Den Förderbescheid Skirollerbahn möchte das Ministerium am 14. März 2019 persönlich übergeben; hat jedoch bestätigt, dass die Ausschreibung erfolgen kann. Diese wird umgehend durch Herrn Hergert veranlasst.

Die Schönungsteiche der Kläranlage sollen entschlammt werden. Eine erhöhte Kupferbelastung wurde bei der letzten Beprobung nicht mehr festgestellt, sodass der Schlamm der landwirtschaftlichen Verwertung zugeführt werden könnte.

Auch hinsichtlich des Projektes „Mehrgenerationenspielplatz“ steht man in Kontakt mit dem Planer Hergert. Es wird auf den nächsten „IKEK-Fördertermin“ zugearbeitet.

Demnächst findet ein Termin mit der Gesundheits- und der Oberen Naturschutzbehörde statt, um hinsichtlich der Wasserversorgung weiteres zu beraten (hohe Trübung der Barnsteinquelle, Schöpfmenge Tiefbrunnen Kälberrain).

zu 16 **Anfragen**

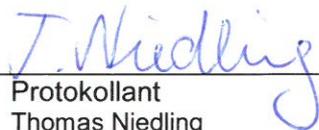
Wortprotokoll:

Der Abgeordnete Joachim Jenrich (CDU) fragt an, was der neueste Termin mit dem Wildparkplaner ergeben hat. Bürgermeister Dr. Steffen Korell berichtet, dass das Büro sein Angebot in Bezug auf den Eigenanteil der Stadt, die Belange des Landkreises, auf die der Landrat aufmerksam gemacht hat und die wasserrechtliche Erlaubnis präzisieren wird. Zunächst sollen die ersten beiden Leistungsphasen vergeben werden bevor über den Wirtschaftshof gesprochen wird.

Der Abgeordnete Michael Gutermuth (SPD) fragt an, ob noch offene Forderungen gegenüber dem ehemaligen Pächter Schlossbräu bestehen und ob es Interessenten gibt, die das Schlossbräu pachten möchten. Bürgermeister Dr. Steffen Korell berichtet, dass nach Abrechnung aller Nebenkosten die Bürgschaft für die restlichen Forderungen ausreicht. Interessenten gibt es derzeit keinen, aber der Abteilungsleiter hat das Objekt Maklern zur Vermarktung gegeben.

Der Stadtverordnetenvorsteher verabschiedet die Gäste und beendet den öffentlichen Teil der Sitzung.


Vorsitzender
Martin Gutermuth


Protokollant
Thomas Niedling